

Allianzen zwischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen als Beitrag zur Wiedergewinnung ideologischer Hegemonie und praktischer politischer Durchsetzungskraft?

1. Ausgangslage:

Organisationen der Zivilgesellschaft, insb NGOs aus dem ökologischen Bereich aber auch solche mit (wirtschafts)politischen Anliegen (Attac), erreichen idR ArbeitnehmerInnen schlecht, bzw. nur solche mit Matura/Uni-Ausbildung. Ihre Bewusstheit für die Lebens- und Arbeitsbedingungen insb von ArbeiterInnen ist marginal. Ihre Arbeit ist mangels ausreichender ökonomischer Mittel diskontinuierlich, ihre fachliche und politische Expertise auf begrenzte Themenfelder beschränkt und Öffentlichkeit nur auf diesen Feldern erreichbar. Andererseits sind sie dort weithin geschätzte und bei Medien-MitarbeiterInnen beliebte Akteure, genießen hohe Glaubwürdigkeit und haben oft individuellen Zugang zu wichtigen politischen Entscheidungsträgern. Ihr Potential zur „Elitenspaltung“ ist hoch, zumal sie keinem politischen Lager zugeordnet sind.

Gewerkschaften leiden traditionell unter einem Theorie-Defizit, sind alltagsorientiert und in ihrem Handeln von pragmatischer Beliebigkeit geprägt. Ihre Glaubwürdigkeit im fachlichen und politischen Diskurs ist beschränkt. Ihre politische Macht erodiert ebenso wie die Mitgliederzahl. Der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu kleineren operativen Einheiten, die schwer organisierbar sind, zugleich aber in Konzernen oder anderen wirtschaftlichen Geflechten zusammengeschlossen sind, sodass die lokalen Ansprechpartner oft über wenig Entscheidungsfreiheit verfügen, unterläuft die traditionellen Aktionsformen. Die Tendenz zur Präkarisierung (Leiharbeit, Teilzeitarbeit, ...) ist ungebrochen. Andererseits ist ihr „alltäglicher“ politischer Einfluss hoch (GewerkschaftsvertreterInnen in der Sozialversicherung, ...; informelle politische Mitentscheidungsrechte in der Sozialpolitik) und sie verfügen über einen funktionierenden Apparat. Sie können im Wege der Arbeiterkammern wissenschaftliche Expertise nützen und, wenn sie sich zu kampagnenhaft organisierter Aktivität entschließen, die Mitglieder idR gut erreichen und mobilisieren (zB Widerstand gegen die „Pensionsreform“ 2003).

2. Chancen:

Eine Zusammenarbeit drängt sich also geradezu auf, die wechselseitigen Stärken und Schwächen passen gut zueinander: Die glaubwürdigere und politisch fundiertere Position der Zivilgesellschaft zusammen mit dem Apparat der Gewerkschaften und ihrer Möglichkeit, ArbeiterInnen und kleine Angestellte zu erreichen, sollten in einem gemeinsamen politischen Projekt gute Chancen haben, die gesellschaftliche (ideologische) Lethargie zu verringern und die praktische politische Durchsetzungschance für fortschrittliche Anliegen, außerhalb der parlamentarischen und sozialpartnerschaftlichen Routinen, zu erhöhen. Konkrete gemeinsame Projekte wie die „Allianz für einen freien Sonntag“, „Clean Clothes“ oder jüngst die „Allianz Wege aus der Krise“ zeigen, dass solche Bündnisse möglich sind und jedenfalls punktuell durchaus

erfolgreich sein können. Gerade konkrete und erlebbare Erfolge gewerkschaftlichen bzw zivilgesellschaftlichen Engagements könnten aber der Schlüssel sein, die Resignation der Gesellschaft vor den scheinbar unüberwindbaren „Marktkräften“ ihrerseits zu überwinden. Welche Akteure, wenn nicht solche Bündnisse, können glaubhaft dieses Ziel verfolgen und AN/BürgerInnen dafür gewinnen?

3. **Risiken:**

Andererseits sind aber auch die Schwierigkeiten offenkundig: Bündnisse können nicht nur die jeweiligen Schwächen vermindern und die Stärken kombinieren, sie können eben so sehr die jeweiligen Stärken gefährden und die schon bestehenden Schwächen noch vertiefen!

Zivilgesellschaftliche Organisationen gefährden ihre hohe Glaubwürdigkeit, wenn sie nicht nur punktuelle, sondern strukturelle Allianzen eingehen. Ihre organisatorische Schwäche kann durch das finanzielle und personelle Übergewicht der Gewerkschaften erdrückt bzw. in einem Ausmaß durch gemeinsame Projekte überlastet werden, dass die Erfüllung der „Kernaufgaben“ gefährdet wird. Ihre AktivistInnen können, wie bei den „Grünen“ verfolgt, der ö. Gewohnheit der „Delegation“ politischen Handelns an neue Hoffnungsträger erliegen.

Die Gewerkschaften, deren „staatstragende“ Rolle es immerhin ermöglicht hat, die „Hartz IV“-Tendenzen in Österreich deutlich zu bremsen, flächendeckende Kollektivverträge zu erhalten und sogar auszubauen, Leiharbeit einigermaßen befriedigend zu regeln udgl. könnten diese Fähigkeit verlieren und – wie in Deutschland – Teil einer glaubwürdigeren, aber machtlosen außerparlamentarischen Opposition werden. Ihre Mitglieder und Betriebsräte, die sich von Menschenrechts- (Immigration ...) und Umwelt-AktivistInnen (autofreie Zonen ...) oft bedroht fühlen, könnten in noch vermehrtem Maß die Organisation verlassen und sich Rechtspopulisten nähern – eine gerade bei ArbeiterInnen bedrohliche Tendenz.

4. **Taktische Fragen:**

Es gilt also, differenzierte und flexible Lösungen zu finden. Beide Seiten müssen eine „Doppelstrategie“ verfolgen, die die Chancen nützt ohne die Risiken zu aktualisieren. So wird zB die Einbindung der AktivistInnen und Mitglieder nur schrittweise möglich sein und muss so erfolgen, dass gemeinsame Aktivitäten und Erfolge die kulturellen Unterschiede überbrücken; auf „ExpertInnen“ebene lassen sich leichter Übereinstimmungen finden. Das Auftreten in der Öffentlichkeit wird manchmal nur intern abgestimmt sein, ohne dass das Bündnis als solches sichtbar wird. So bleibt „Elitenspaltung“, primär durch die NGOs, möglich; „überraschend“ übereinstimmende Positionen mit AK und Gew zB in Ökofragen können gezielt zum Unterlaufen reaktionär-ökologischer Strategien genutzt werden und haben idR hohen Öffentlichkeitswert.

Andererseits können langfristig und öffentlich gut sichtbar angelegte Bündnisse zu konkreten Themenfeldern oder zwischen bestimmten Organisationen/Org.teilen gegenseitiges Vertrauen

entwickeln helfen und allein durch ihre Existenz Druck auf die mainstream-Politik bewirken. Dabei wird strikte „Überparteilichkeit“ notwendig sein, um den beteiligten NGOs nicht zu schaden, aber auch den SPÖ-Einfluss der ÖGB-Spitze nicht zu gefährden.

Auch die unterschiedlichen Organisationsstrukturen sollten themenspezifisch und aktivistisch zielgerichtet genutzt werden: NGOs sind idR nicht großflächig mobilisierungsfähig, aber regional hoch aktionsfähig. Gewerkschaften können großflächige Kampagnen führen, wenn Themen gefunden werden, die auch innerhalb ihrer Mitgliedschaft politikfähig sind. Wichtig wird es sein zu bedenken, dass Gewerkschaften in ihren internen Entscheidungen wesentlich durch Betriebsräte, vor allem BRVs bestimmt sind. Deren Haltung ist aber besonders durch Alltags-Pragmatik und häufiges Lavieren zwischen dem, aus ihrer Sicht „doppelten“ Druck einerseits der Gew, andererseits aber des lokalen Managements bestimmt. Ihre Überzeugung ist aber eine Kernbedingung für den Erfolg der Strategie, da nur sie unmittelbar auf Betriebsebene, und oft auch auf lokalpolitischer Ebene, informieren und agitieren (können). Gewerkschaftsstrukturen sind faktisch auf die Betreuung der BR(V)s, nur mittelbar und im „Servicebereich“ auf die direkte Betreuung der Mitglieder angelegt.

Ein Konzept zur gezielten Entwicklung solcher Allianzen ist wegen der vielfältigen und unterschiedlich strukturierten Handlungsfelder, aber wohl auch wegen der Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung schwierig. Etliche Determinanten für deren erfolgreiches Agieren sollten sich aber feststellen lassen und eine gezielte Entwicklung fördern. Dazu kann eine wissenschaftlich gestützte, offene und solidarische politische Diskussion wesentliche Beiträge liefern.

